



Gemeinde Ammerbuch
Landkreis Tübingen

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg – GemO – hat der Gemeinderat am 02.12.2024 folgende

Hauptsatzung

beschlossen:

Inhaltsübersicht

Abschnitt I	Form der Gemeindeverfassung § 1
Abschnitt II	Gemeinderat §§ 2 bis 3b
Abschnitt III	Ausschüsse des Gemeinderats §§ 4 bis 10
Abschnitt IV	Bürgermeister §§ 11,12
Abschnitt V	Stellvertretung des Bürgermeisters § 13
Abschnitt VI	Ortsteile/Stadtteile § 14
Abschnitt VII	Ortschaftsverfassung §§ 15 bis 19
Abschnitt VIII	Schlussbestimmungen § 20

I. Form der Gemeindeverfassung

§ 1 Gemeinderatsverfassung

Verwaltungsorgane der Gemeinde sind der Gemeinderat und der Bürgermeister.

II. Gemeinderat

§ 2 Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Gemeinderat den Ausschüssen oder dem Bürgermeister bestimmte Angelegenheiten übertragen hat oder der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeinde für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.

§ 3 Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäte). Er setzt sich gem. § 25 Abs.2 Satz 1 GemO zusammen.

§ 3a Ältestenrat

- (1) Es wird ein Ältestenrat gebildet, der den Bürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Gangs der Verhandlungen des Gemeinderats berät.
- (2) Das Nähere über die Zusammensetzung, den Geschäftsgang und die Aufgaben des Ältestenrats ist in der Geschäftsordnung des Gemeinderats zu regeln.

§ 3b Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum

Nach Entscheidung des/der jeweiligen Vorsitzenden können unter den in § 37a GemO festgelegten Voraussetzungen Sitzungen des Gemeinderats, der Ausschüsse und sonstiger gemeinderätlicher Gremien sowie Sitzungen der Ortschaftsräte ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum durchgeführt werden.

III. Ausschüsse des Gemeinderats

§ 4 Beschließende Ausschüsse

- (1) Es werden folgende beschließende Ausschüsse gebildet:
 - 1.1 der Verwaltungsausschuss
 - 1.2 der Technische Ausschuss
 - 1.3 der Umlegungsausschuss (ständiger Ausschuss)
- (2) Der Verwaltungsausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und 10 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.
- (3) Der Technische Ausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und 10 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.
- (4) Der Umlegungsausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und 10 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.
- (5) Für die weiteren Mitglieder der Ausschüsse werden Stellvertreter bestellt, die diese Mitglieder im Verhinderungsfall vertreten.
- (6) Zu den Sitzungen des Umlegungsausschusses werden ein Vermessungssachverständiger und ein Bausachverständiger als Mitglieder mit beratender Stimme zugezogen. Der Ausschuss kann weitere Sachverständige zuziehen.

§ 5 Allgemeine Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse

- (1) Die beschließenden Ausschüsse entscheiden im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbstständig an Stelle des Gemeinderats.
- (2) Den beschließenden Ausschüssen werden die in den §§ 7 bis 9 bezeichneten Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen. Ist zweifelhaft, welcher Ausschuss im Einzelfall zuständig ist, ist die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses gegeben.
- (3) Die beschließenden Ausschüsse sind innerhalb ihres Geschäftskreises zuständig für:
 - 3.1 Die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 €.
 - 3.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 10.000 €, aber nicht mehr als 15.000 € im Einzelfall.
- (4) Soweit sich die Zuständigkeit der beschließenden Ausschüsse nach Wertgrenzen bestimmt, beziehen sich diese auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.

§ 6 Beziehungen zwischen Gemeinderat und beschließenden Ausschüssen

- (1) Wenn eine Angelegenheit für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist, können die Ausschüsse die Angelegenheit mit den Stimmen eines Viertels aller Mitglieder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten.
- (2) Der Gemeinderat kann den beschließenden Ausschüssen allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen oder Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.
- (3) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen dem zuständigen Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Sechstels aller Mitglieder des Gemeinderats sind sie dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen.
- (4) Der Gemeinderat kann Angelegenheiten, die die Aufgabengebiete verschiedener Ausschüsse berühren, selbst erledigen. Die Zuständigkeit des Gemeinderats ist anzunehmen, wenn zweifelhaft ist, ob die Behandlung einer Angelegenheit zur Zuständigkeit des Gemeinderats oder zu der eines beschließenden Ausschusses gehört.
- (5) Widersprechen sich die noch nicht vollzogenen Beschlüsse zweier Ausschüsse, so hat der Bürgermeister den Vollzug der Beschlüsse auszusetzen und die Entscheidung des Gemeinderats herbeizuführen.

§ 7 Verwaltungsausschuss

- (1) Der Geschäftskreis des Verwaltungsausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:
 - 1.1 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
 - 1.2 Finanz- und Haushaltswirtschaft einschließlich Abgabenangelegenheiten,
 - 1.3 Schulangelegenheiten, Kindergartenangelegenheiten,
 - 1.4 Soziale und kulturelle Angelegenheiten,
 - 1.5 Gesundheits- und Veterinärangelegenheiten,
 - 1.6 Marktangelegenheiten,
 - 1.7 Verwaltung der Liegenschaften der Gemeinde einschließlich der Waldbewirtschaftung, Jagd, Fischerei und Weide.
- (2) In seinen Geschäftskreis entscheidet der Verwaltungsausschuss über:
 - 2.1 die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen von mehr als 2.500 €, aber nicht mehr als 7.500 € im Einzelfall,
 - 2.2 die Stundung von Forderungen,
 - 2.2.1 von mehr als 3 Monaten bis zu 12 Monaten bei einem Betrag von mehr als 20.000 €,
 - 2.2.2 von mehr als 12 Monaten bei einem Betrag von mehr als 20.000 € bis zu 50.000 €,
 - 2.3 den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der

- 2.4 Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall mehr als 10.000 €; aber nicht mehr als 20.000 € beträgt, die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 € im Einzelfall,
- 2.5 Verträge über Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem jährlichen Mietwert oder Pachtwert von mehr als 10.000 €, aber nicht mehr als 20.000 €;
- 2.6 die Veräußerung von beweglichem Vermögen im Wert von mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 € im Einzelfall.

§ 8 Technischer Ausschuss

- (1) Der Geschäftskreis des Technischen Ausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:
 - 1.1 Bauleitplanung und Bauwesen (Hoch- und Tiefbau, Vermessung),
 - 1.2 Versorgung und Entsorgung,
 - 1.3 Straßenbeleuchtung, technische Verwaltung der Straßen, Bauhof, Fuhrpark,
 - 1.4 Verkehrswesen,
 - 1.5 Feuerlöschwesen und Zivilschutz,
 - 1.6 Friedhofs- und Bestattungsangelegenheiten,
 - 1.7 technische Verwaltung gemeindeeigener Gebäude,
 - 1.8 Sport-, Spiel-, Bade-, Freizeiteinrichtungen, Park- und Gartenanlagen
 - 1.9 Umweltschutz, Landschaftspflege und Gewässerunterhaltung.
- (2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Technische Ausschuss über
 - 2.1 die Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde in Fällen grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit bei
 - 2.1.1 der Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Abs. 2 Baugesetzbuch – BauGB),
 - 2.1.2 der Zulassung von Ausnahmen und der Erteilung von Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans (§ 31 BauGB),
 - 2.1.3 der Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplans (§ 33 BauGB),
 - 2.1.4 der Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB),
 - 2.1.5 der Zulassung von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB),
 - 2.2 in Fällen grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit über
 - 2.2.1 die Erteilung von Genehmigungen nach § 144 Abs. 1 und 2 BauGB sowie über Allgemein-Genehmigungen im Sinne von § 144 Abs. 3 BauGB,
 - 2.2.2 die Stellungnahmen der Gemeinde zu Bauanträgen nach § 53 Abs. 3 und § 54 Abs. 2 Ziffer 2 Landesbauordnung für Baden-Württemberg – LBO-

- 2.3 die Ausführung eines Vorhabens des Hoch- und Tiefbaus (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 € im Einzelfall,
- 2.4 planerische Leistungen und Gutachten bei voraussichtlichen Honorarkosten von mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 150.000 € im Einzelfall,
- 2.5 Anträge auf Zurückstellung der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben und auf vorläufige Untersagung gemäß § 15 BauGB,
- 2.6 die Ablösung von Straßenerschließungsbeiträgen nach § 133 Abs. 3 Satz 5 BauGB i.V.m. § 16 der Erschließungsbeitragssatzung, wenn die Summe der abzulösenden Straßenerschließungsbeiträge mehr als 50.000 € aber nicht mehr als 150.000 € beträgt.

§ 9 Umlegungsausschuss

- (1) Der Umlegungsausschuss ist zuständig für die von der Gemeinde bei der Durchführung von Umlegungen nach § 45 ff BauGB zu treffenden Entscheidungen.
- (2) Auf den Umlegungsausschuss finden § 5 Abs. 2 Satz 2, Absatz 3 und 4 sowie § 6 Abs. 1 und 2 BauGB keine Anwendung.

§ 10 Beratende Ausschüsse

Zur Vorberatung seiner Verhandlung oder einzelner Verhandlungsgegenstände kann der Gemeinderat beratende Ausschüsse bestellen.

IV. Bürgermeister

§ 11 Rechtsstellung

Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit.

§ 12 Zuständigkeiten

- (1) Der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung und vertritt die Gemeinde. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeinde. Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheim zu halten ist.

- (2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
- 2.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 50.000 € im Einzelfall;
 - 2.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu 50.000 € im Einzelfall;
 - 2.3 die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A12, Beschäftigten bis einschließlich der Entgeltgruppe EG 12 und S 16 und von Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen;
 - 2.4 die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützungen und von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der Richtlinien;
 - 2.5 die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen bis zu 2.500 € im Einzelfall;
 - 2.6 die Stundung von Forderungen im Einzelfall,
 - 2.6.1 bis zu 3 Monaten in unbeschränkter Höhe,
 - 2.6.2 mehr als 3 Monate bis zu 12 Monaten bis zu einem Betrag von 20.000 €;
 - 2.7 den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 10.000 € beträgt,
 - 2.8 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert bis zu 50.000 € im Einzelfall;
 - 2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 10.000 € im Einzelfall; bei der Vermietung gemeindeeigener Wohnungen in unbeschränkter Höhe;
 - 2.10 die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 50.000 € im Einzelfall;
 - 2.11 die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt;
 - 2.12 die Zuziehung sachkundiger Einwohner und Sachverständiger zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat und in beschließenden Ausschüssen;
 - 2.13 die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz;
 - 2.14 in Fällen von nicht grundsätzlicher Bedeutung oder von nicht besonderer Wichtigkeit die Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde bei der
 - 2.14.1 Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Abs. 2 BauGB),

- 2.14.2 Zulassung von Ausnahmen und die Erteilung von Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (§ 31 BauGB),
- 2.14.3 Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 33 BauGB),
- 2.14.4 Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB),
- 2.14.5 Zulassung von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB);
- 2.15 in Fällen von nicht grundsätzlicher Bedeutung oder von nicht besonderer Wichtigkeit die
- 2.15.1 Erteilung von Genehmigungen nach § 144 Abs. 1 und 2 BauGB sowie von Allgemein-Genehmigungen im Sinne von § 144 Abs. 3 BauGB,
- 2.15.2 Stellungnahmen der Gemeinde zu Bauanträgen nach § 53 Abs. 3 und § 54 Abs. 2 Ziffer 2 LBO;
- 2.16 die Ablösung von Straßenerschließungsbeiträgen nach § 133 Abs. 3 Satz 5 BauGB i.V.m. § 16 der Erschließungsbeitragssatzung, wenn die Summe der abzulösenden Straßenerschließungsbeiträge nicht mehr als 50.000 € beträgt.
- 2.17 die Übernahme von Baulasten (§ 71 LBO) für gemeindeeigene Grundstücke

V. Stellvertretung des Bürgermeisters

§ 13 Stellvertreter des Bürgermeisters

Der Gemeinderat bestellt aus seiner Mitte die ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters (§ 48 Abs. 1 GemO).

VI. Ortsteile/Stadtteile

§ 14 Benennung der Gemeindeteile

- (1) Das Gemeindegebiet besteht aus folgenden, räumlich voneinander getrennten Gemeindeteilen:
 - 1.1 Ammerbuch-Altingen
 - 1.2 Ammerbuch-Breitenholz
 - 1.3 Ammerbuch-Entringen
 - 1.4 Ammerbuch-Pfäffingen
 - 1.5 Ammerbuch-Poltringen
 - 1.6 Ammerbuch-Reusten
- (2) Die Namen der in Absatz 1 bezeichneten Gemeindeteile werden mit dem vorangestellten Namen der Gemeinde und mit diesem durch Bindestrich verbunden geführt.
- (3) Die räumlichen Grenzen der einzelnen Gemeindeteile nach Absatz 1 sind jeweils die Gemarkungen der früheren Gemeinden gleichen Namens.

VII. Ortschaftsverfassung

§ 15 Einrichtung von Ortschaften

In den räumlichen Grenzen der Gemeindeteile nach § 14 Abs. 1 wird je eine Ortschaft eingerichtet. Die Ortschaften führen die für die jeweiligen Gemeindeteile bestimmten Namen.

§ 16 Bildung und Zusammensetzung der Ortschaftsräte

- (1) In den Ortschaften Ammerbuch-Altingen, Ammerbuch-Breitenholz, Ammerbuch-Pfäffingen, Ammerbuch-Poltringen und Ammerbuch-Reusten werden Ortschaftsräte gebildet
- (2) Der Ortschaftsrat besteht aus je 5 Mitgliedern (Ortschaftsräten).

§ 17 Zuständigkeit des Ortschaftsrats

- (1) Der Ortschaftsrat hat die örtliche Verwaltung zu beraten.
- (2) Der Ortschaftsrat ist zu wichtigen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen, zu hören und hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen.
- (3) Wichtige Angelegenheiten im Sinne des Absatzes 2 sind insbesondere:
 - 3.1 der Bau von Schulen und die Einrichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen,
 - 3.2 die Durchführung von Baulanderschließungen und von Neubauten der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung,
 - 3.3 der Bau und die Unterhaltung von Straßen und Wirtschaftswegen,
 - 3.4 die Aufstellung von Bauleitplänen,
 - 3.5 die Verpachtung der Jagd, Fischerei und Schafweide.
- (4) Dem Ortschaftsrat werden anstelle des Gemeinderats, der beschließenden Ausschüsse oder des Bürgermeisters folgende Aufgaben, soweit sie den jeweiligen Gemeindeteil betreffen, zur Entscheidung übertragen:
 - 4.1 im Rahmen des Haushaltsplanes die Beschlussfassung und die Vergabe von Arbeiten über die Ausführung von Bauvorhaben bei Gesamtkosten bis zu 26.000 €,
 - 4.2 im Rahmen des Haushaltsplanes die Gewährung von Freigebigkeitsleistungen und die Unterstützung örtlicher Vereine bis zum Betrag von 400 € im Einzelfall,
 - 4.3 das Vorschlagsrecht für die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen,
 - 4.4 die Entscheidung über die Verwendung von Grundstückserlösen aus dem Grundbesitz der ehemaligen selbständigen Gemeinden Altingen, Breitenholz, Entringen, Pfäffingen, Poltringen und Reusten, sofern diese Erlöse außerhalb des jeweiligen Gemeindeteils verwendet werden sollen.
Dies gilt nicht, wenn der Beschluss nach Lage des Einzelfalls vorlage- oder genehmigungspflichtig ist.

- (5) § 5 Abs. 1 und Abs. 4 gelten entsprechend. Ist zweifelhaft, ob im Einzelfall der Gemeinderat oder der Ortschaftsrat zuständig ist, ist die Zuständigkeit des Gemeinderats gegeben.
Wird der Ortschaftsrat wegen Befangenheit von Mitgliedern beschlussunfähig, entscheidet an seiner Stelle der Gemeinderat.
- (6) Sofern bei den Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse, sowie der besonderen Ausschüsse (z.B. Gutachterausschuss) Angelegenheiten behandelt werden, die die Ortschaft betreffen, wird zu diesen Sitzungen jeweils 1 Vertreter des Ortschaftsrats als Sachverständiger beratend zugezogen, der vom Ortschaftsrat zu wählen ist. Satz 1 gilt nicht, wenn ein in der Ortschaft wohnendes Mitglied des Gemeinderats an der Sitzung teilnehmen kann.

§ 18 Ortsvorsteher

- (1) Der Ortsvorsteher ist Ehrenbeamter auf Zeit. Der Gemeinderat kann auch, im Einvernehmen mit dem Ortschaftsrat, einen Gemeindebeamten zum Ortsvorsteher bestellen.
- (2) Der Ortsvorsteher vertritt den Bürgermeister ständig beim Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrats und bei der Leitung der örtlichen Verwaltung.
- (3) Der Ortsvorsteher ist Vorsitzender des Ortschaftsrats.
- (4) Der Ortsvorsteher kann an den Verhandlungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 19 Örtliche Verwaltung

In den Ortschaften Ammerbuch-Entringen, Ammerbuch-Pfäffingen, Ammerbuch-Poltringen und Ammerbuch-Altingen wird je eine örtliche Verwaltung eingerichtet, die die Aufgabe einer Geschäftsstelle des Bürgermeisteramts wahrnimmt. In den Ortschaften Ammerbuch-Reusten und Ammerbuch-Breitenholz wird keine örtliche Verwaltung eingerichtet. Die örtlichen Verwaltungen führen die Bezeichnung „Bürgermeisteramt Ammerbuch – Verwaltungsstelle.....“.

VIII. Schlussbestimmungen

§ 20 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am 01.01.2025 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Hauptsatzung vom 11.12.2001 mit ihren Änderungen außer Kraft.

Ammerbuch, den 04. Dezember 2024

Christel Halm
Bürgermeisterin

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.